

LESERBRIEFE

WERTSTOFF-ENTSORGUNG

Gescheitertes Konzept

Zu „Höhere Frequenz“ vom 9. September:

Es ist schon erstaunlich, mit welchen Argumenten Frau Frank Verbesserungen bei der Entsorgung der Wertstoffe darstellt. In jahrelangen Beschwerdefällen durch die Bürger, lehnt Frau Frank jedwede Verantwortung der Landeshauptstadt München, vertreten durch den Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM), kategorisch ab! Nun will sie Verhandlungserfolge darstellen. Das grenzt an Blasphemie. „Frequenzerhöhung“ soll die Wertstoff-Müll-Entsorgung verbessern, das ist weniger als ein Heftpflaster auf einen offenen Beinbruch. Vermutlich ist Ignorieren der Bürgerbeschwerden und Verschleppen von neuen und funktionierenden Lösungen das Kalkül. Wie soll eine Frequenzerhöhung fehlende Wertstoffinsel-Standorte ersetzen? Ganze Stadtteile (zum Beispiel Daglfing) haben keine Wertstoffinseln.

Die Landeshauptstadt München hat eine Unterversorgung von circa 30 bis 35 Prozent an Standorten. Basis: bei einer Wertstoffinsel pro 1200 Einwohner, 1,5 Millionen Einwohnern ergibt das 1250 Wertstoffinseln, tatsächlich vorhanden sind nicht 950, sondern mittlerweile weniger als 800 (Daten laut Remondis). Die Ausführungen von Frau Frank sind eine Kapitulationserklärung zum grundsätzlichen Problem, einer gescheiterten Konzeption! Verantwortlich für eine nachhaltige Entsorgungslösung ist der Stadtrat, er kann und muss die Verwaltung der Landeshauptstadt München mit einer Aufgabenstellung beauftragen und kontrollieren.

Die Verhandlungen der Landeshauptstadt München (durch den AWM) mit dem Dualen System gehen in eine entscheidende Phase unter einer verfehlten Konzeption. Der Vertrag mit dem Dualen System und die ursprüngliche Entscheidung der Landeshauptstadt München ist seit 1991 nahezu unverändert und immer wieder verlängert worden, obwohl die Umsetzung längstens als gescheitert zu sehen ist. An der Tagesordnung sind Müll und Sperrmüll auf und neben den Wertstoffinseln, extreme Belastung der Wertstoffinsel-Anwohner durch Lärm (vor allem außerhalb der definierten Einwurf-Zeiten), Müll und Ratten, teilweise erhebliche Verkehrsbelastung (samstags Fahrzeuge im 30-Sekunden-Takt) durch die Wertstoffinsel-Nutzer.

Die Bezirksausschüsse sind als einzige Gremien der Landeshauptstadt München zum Thema bürgernah aktiv und stellen der Landeshauptstadt München immer und immer wieder ähnliche Fragen. Die Antworten der Landeshauptstadt München, vertreten durch den AWM, sind nachvollziehbar ablehnend und juristisch belehrend, immer ohne Verantwortung zu übernehmen. Wertstoffinseln lösen die Entsorgung grundsätzlich nicht.

Ist München die einzige Großstadt in Deutschland, die an einem überholten und gescheiterten Konzept festhalten will? Vielleicht ist der neu gewählte Stadtrat noch nicht umfassend über die Problematik informiert, vielleicht ist der Zeitpunkt coronabedingt ungünstig, wahrscheinlich ist das Thema nicht genügend Wählerstimmen fördernd? Der Stadtrat hat noch die Gelegenheit, die Konzeption zu korrigieren, das betrachte ich als dessen Aufgabe.

Weitere Jahre mit der vorhandenen, überholten und gescheiterten Lösung sind den Bürgern nicht zumutbar, die Bürger und die Bezirksausschüsse haben es nicht verdient, so bürgerunfreundlich durch die Landeshauptstadt München behandelt zu werden.

Heinrich Sick, München